



öffentlich

Betreff:

Verbesserung der Querungssituation am Brandenburger Tor

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum: 23.08.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.09.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie am Übergang Brandenburger Tor \Rightarrow Luisenplatz die Verkehrssicherheit erhöht und Konfliktsituationen reduziert werden kann.

Über die Ergebnisse ist den Stadtverordneten bis spätestens Q4/2022 beginnend zu berichten.

gez. Fraktionsvorsitzende
Dr. S. Zalfen Dr. H. Wegewitz

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Übergang Brandenburger Tor \rightleftharpoons Luisenplatz wurde bereits durch das Herabsenken der Bordsteinkanten barrierearmer und radfahrfreundlicher gestaltet. Jedoch wurden die beiden äußeren Ampelanlagen mittig der Radübergänge aufgestellt, sodass Radfahrende in der Überquerung behindert werden.

Warum auch immer, sammeln sich an den markierten Radübergängen zusätzlich die Fußgänger:innen, sodass bei der Überquerung regelmäßig eine unübersichtliche Situation entsteht, die nicht selten auch zu Konflikten führt.

Auch wenn derartiges nicht gänzlich vermieden werden kann, könnte eine Entzerrung z.B. durch die Anbringung eines Piktogrammes für Fußgänger:innen, der Trennung der Ampelanzeige in Übergänge für Fußgänger:innen und Radfahrende und der sinnvollen Versetzung der Ampel außerhalb des Überganges für Radfahrende zur weiteren Verbesserung der Gesamtsituation beitragen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung